



## **GT 18/13**

### **Flüchtlinge brauchen Hilfe und Bildung**

Die GEW Bremen fordert mindestens 4.000.000,- € mehr Geld zur Beschulung durch ausgebildete Fachkräfte von Kindern von Flüchtlingen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie andere zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse

Des Weiteren unterstützt die GEW die Forderungen des Flüchtlingsrates an die Landes- und Bundesregierung.

#### **Der Flüchtlingsrat Bremen fordert:**

„Statt Ausgrenzung von Geflüchteten und Missachtung ihrer Rechte fordern wir eine sofortige umfassende und nachhaltige Verbesserung der Unterstützungsstruktur, Wohnungen statt Heime, Zelte oder Container und endlich eine klare Lebensperspektive für nach Bremen geflüchtete Menschen!

#### **Nicht die Menschen müssen sich den Angeboten, sondern die Angebote müssen sich den Menschen anpassen. Wir fordern den Bremer Senat auf:**

- Menschenwürdige Mindeststandards für Hygiene, Gesundheit und Ernährung in Flüchtlingsunterkünften einzuhalten
- Eine Speisen- und Getränkeauswahl unter Berücksichtigung von individuellen Bedürfnissen (Kindesalter, Allergien, Schwangerschaften, Kultur- und Religionssensibilität) zu gewährleisten.
- Eine sofortige Bereitstellung einer bedarfsdeckenden, gesetzlich vorgeschriebenen, unabhängigen Asylrechtsberatung!
- Ein Clearing Verfahren für UMF (Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge), eine angemessene Unterbringung, bedarfsdeckende Schul- und Freizeitangebote und eine schnelle aufenthaltsrechtliche Perspektive. Wir fordern insbesondere die Rechte der Minderjährigen zu schützen

#### **Die neue Bundesregierung fordern wir auf, in Deutschland und auf EU-Ebene für folgende zentrale Änderungen einzutreten:**

- Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen. Dies muss durch ein verändertes Visaregime geschehen, das Schutzsuchenden die legale Einreise ermöglicht. Zudem kann Europa durch die proaktive Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Verfahren Flüchtlingen die gefährliche Überfahrt ersparen. Die zugesagten Plätze für 5.000 Syrer sind angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingskrise bei weitem nicht genug.

- Die Verfolgung und Abdrängung von Flüchtlingsbooten durch die europäische Grenzschutzagentur "Frontex" und nationale Küstenwachen muss sofort beendet werden. Bootsflüchtlinge, die auf Hoher See angetroffen werden, müssen in den nächsten sicheren Hafen der EU gebracht werden. Statt Frontex hochzurüsten, müssen die maritimen Such- und Rettungsdiensten ausgebaut werden.
- Fischer, sonstige Kapitäne von Handelsschiffen und sonstigen Schiffen müssen zur Seenotrettung von Flüchtlingen aufgefordert und unterstützt statt mit Strafverfahren wegen "Fluchthilfe" überzogen werden.
- Das europäische Zuständigkeitssystem (Dublin-Verordnung) muss grundlegend verändert werden. Flüchtlinge sollten dorthin gehen dürfen, wo sie ein menschenwürdiges Leben und faire Asylverfahren erwarten können.
- Nach Erteilung eines Schutzstatus müssen Flüchtlinge sich in jedem EU-Land niederlassen dürfen (EU-weite Freizügigkeit).